

POLITIK AKTUELL

Ausgabe 12/2009
18.12.2009

Informationen aus Berlin, Dresden
und der Region

Editorial

Liebe Parteifreunde, liebe
Mitreiter, sehr geehrte
Damen und Herren!

Die Zahl der Arbeitslosen sinkt, die Aufträge in der deutschen Wirtschaft steigen und die Prognosen für das Wachstum in Deutschland müssen erfreulicherweise nach oben korrigiert werden. Ist die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise der letzten Jahrzehnte schon vorbei? Nein, gerade im kommenden Jahr kommt es darauf an, weitere Impulse für neues Wachstum zu geben. Impulse vor allem durch Steuerentlastungen, denn die geben wiederum das Signal an all diejenigen, die in Deutschland den Karren durch wirtschaftlich schwierige Zeiten ziehen. Wir stärken die Leistungsbereitschaft, wir schaffen mehr Spielraum für Konsum und Investitionen. Wir sind im September unter anderem deshalb gewählt worden, weil die Bevölkerung CDU und CSU am stärksten zutrauen, diese Krise zu meistern und Deutschland so

durch die Krise zu führen, dass wir gestärkt in den nächsten Aufschwung gehen. Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz setzen wir die im Koalitionsvertrag enthaltenen steuerlichen Maßnahmen des Sofortprogramms zum 1. Januar 2010 um. Wir halten also Wort, und das in Rekordgeschwindigkeit nach Regierungsbildung. Diese Regierung steht von Anfang an für Verlässlichkeit. Insgesamt sorgen wir mit dem Gesetz für eine Entlastung von 8,5 Milliarden Euro. Zusammen mit den bereits beschlossenen Erleichterungen, wie der besseren Absetzbarkeit von Krankenversicherungskosten, haben die Bürger dann eine Summe von fast 23 Milliarden Euro weniger Abgabenlast. Die Maßnahmen reichen dabei von der Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages – einem klaren Zeichen zur Stärkung der Familien – bis hin zu Korrekturen im Un-

ternehmenssteuerrecht oder Änderungen im Erbschaftssteuerrecht. All dies stößt bei Experten auf Zustimmung. So heißt es in einer Stellungnahme von acht großen Wirtschafts- und Bankenverbänden: „Das schnelle Handeln der Bundesregierung ist ein wichtiges Zeichen an die Unternehmen in Deutschland, dass die Dringlichkeit des steuerlichen Handlungsbedarfs erkannt wurde.“ Diese Bundesregierung liegt also mit dem Gesetz auf dem richtigen Kurs und wird bestärkt, den Weg weiterzugehen.

Ihr und Euer



In dieser Ausgabe:

Deutschland muss Bildungsrepublik werden!	2
Klimaschutz ist strategische Herausforderung für Umwelt- und Entwicklungspolitik	3
Die Woche im Bundestag	4
Impressum & Termine	5

Michael Luther: Deutschland muss Bildungsrepublik werden!

Am Mittwoch fand der Bildungsgipfel statt. Bundesregierung und Landesregierungen haben nach Antworten auf die Frage gesucht, wie sich unser Bildungssystem weiter verbessern lässt. Es besteht kein Zweifel: Deutschland hat ein sehr gutes Bildungssystem. Die Absolventen unserer Universitäten sind weltweit gefragt, um unser duales Ausbildungssystem werden wir international beneidet. Dennoch dürfen wir uns nicht ausruhen, denn wir haben auch große Aufgaben, die noch nicht gelöst worden sind. So verlassen Jahr für Jahr etwa 80.000 Jugendliche ohne Abschluss die Schulen, Betriebe klagen über die mangelnde Ausbildungsreife der Schulabgänger, und noch immer hängt der schulische Erfolg stark vom familiären Hintergrund ab. Wenn wir auch im 21. Jahrhundert unseren

Wohlstand sichern und zu den Gewinnern der Globalisierung gehören möchten, müssen wir diese Defizite beseitigen. Unser gesellschaftliches Leitbild ist das einer Aufstiegs-gesellschaft. Um allen Menschen in unserem Land gute Chancen auf persönlichen Aufstieg und die selbstbestimmte Gestaltung ihres Lebens zu bieten, müssen wir die Bildungsmöglichkeiten in Deutschland weiter verbessern. Im vergangenen Jahr sind auf dem Bildungsgipfel in Dresden wichtige Vereinbarungen getroffen worden. Im Koalitionsvertrag haben CDU/CSU und FDP deutlich gemacht, dass Bildung zum Schwerpunktthema dieser Legislaturperiode werden soll. Bis 2015 wollen wir die Ausgaben von Bund, Ländern und Privatwirtschaft für Bildung und Forschung auf 10 Prozent des BIP erhöhen.

Vorgänge in Kunduz aufklären Afghanistaneinsatz unterstützen

In dieser Woche konstituierte sich der Verteidigungsausschuss als 1. Untersuchungsausschuss. Als einziger der Ausschüsse steht dem Verteidigungsausschuss dieses Recht zu (Art. 45a GG). Der Untersuchungsausschuss soll dazu beitragen, die Vorgänge am 4. September 2009 am Kunduz-Fluss im Norden Afghanistans aufzuklären.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt die Einsetzung des Untersuchungsausschusses ausdrücklich. Von Beginn an wurde deutlich gemacht, dass uns sehr an einer transparenten Aufarbeitung der Vorgänge um den Luftangriff auf die gekaperten Tanklastzüge gelegen ist und sehen uns darin einig

mit der Bundesregierung. Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg hat unser volles Vertrauen. Gleichzeitig weisen wir jeden Versuch aus den Reihen der Opposition zurück,

die Vorgänge in Kunduz dazu zu missbrauchen, den Einsatz in Afghanistan in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Vielmehr muss der Untersuchungsausschuss dazu genutzt werden, die konkreten Vorgänge vom 4. September 2009 aufzuklären. Unsere Soldatinnen und Soldaten schützen in Afghanistan unter schwierigsten Bedingungen und unter Einsatz ihres Lebens auch unsere Sicherheit. Sie können sich unserer Unterstützung sicher sein.

Bekämpfung der Piraterie vor Somalia

In dieser Woche wird über das Mandat zur Pirateriebekämpfung vor Somalia entschieden. Die Operation ATALANTA hat zum Ziel, die vor der Küste Somalias operierenden Piraten zu bekämpfen und abzuschrecken. Damit soll sowohl die humanitäre Hilfe für die Not leidende somalische Bevölkerung sichergestellt als auch die Handelswege des zivilen Schiffsverkehrs gesichert werden. Durch das Seegebiet vor Somalia führt die wichtige Handelsroute zwischen Europa, der arabischen Halbinsel und Asien, die auch für den deutschen Außenhandel eine bedeutende Rolle spielt. Als große Exportnation ist für uns die Freiheit der Meere ein zentrales außenpolitisches Interesse.

Die bisherige Arbeit unserer Marine war äußerst erfolgreich: Die Sicherheit des Seeweges wurde deutlich erhöht. Alle 69 Transporte des Welternährungsprogramms haben ihre Zielorte sicher erreicht. Dadurch konnten bis zu 3,3 Millionen Menschen mit Nahrung versorgt werden. Mit unseren Streitkräften beteiligen wir uns an der seit einem Jahr von der Europäischen Union geführten Operation ATALANTA. Das nun vorliegende Mandat sieht vor, diese Beteiligung um ein weiteres Jahr zu verlängern. Die Höchstgrenze der einzusetzenden Soldatinnen und Soldaten liegt bei 1400.

Stabilisierung des Friedensprozesses in Bosnien-Herzegowina

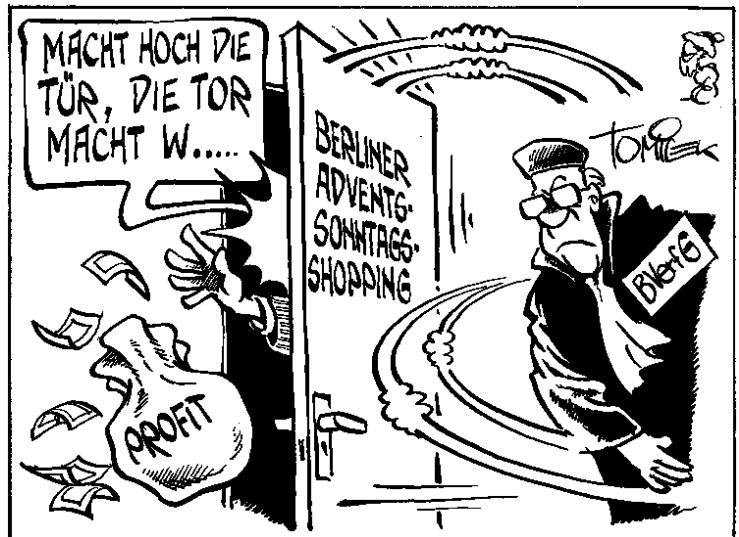
Seit 2004 führt die Europäische Union die Operation ALTHEA mit dem Ziel, den Friedensprozess in Bosnien-Herzegowina weiter zu stabilisieren. Zwar kann die militärische Sicherheitslage in Bosnien und Herzegowina derzeit als stabil eingestuft werden, die innenpolitische Lage bleibt jedoch fragil. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat daher die Fortführung der multinationalen Stabilisierungstruppe für ein weiteres Jahr autorisiert. Von den 2000 Soldatinnen und Soldaten werden wir, so sieht es das Mandat vor, 140 stellen. Die Stabilisierung der Balkanregion und

die Unterstützung von Bosnien und Herzegowina auf dem Weg zu einem stabilen und demokratischen Rechtsstaat ist in unserem nationalen Interesse. Daher führen wir auch unser umfangreiches finanzielles Engagement im Rahmen des „Stabilitätspakts für Südosteuropa“ fort und unterstützen die Arbeit der EU-Polizeimission.

Michael Luther ist neuer Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses

Der Zwickauer CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Luther wurde am Mittwoch zum Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses im Deutschen Bundestag bestimmt. Die konstituierende Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses für die 17. Wahlperiode findet am morgigen Freitag statt. Dem Rechnungsprüfungsausschuss gehören in der

laufenden Wahlperiode 15 Mitglieder an. Die Aufgabe des RPA sind, den Vollzug der Bundesausgaben nachzuvollziehen, die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes zu prüfen und die Entlastung der Bundesregierung durch den Bundestag auf der Grundlage der Bemerkungen des Bundesrechnungshofes vorzubereiten.



HINTERTÜRCHEN

Klimaschutz ist strategische Herausforderung für Umwelt- und Entwicklungspolitik

Der Klimaschutz ist die herausragende Kernaufgabe für die internationale Umwelt- und Entwicklungspolitik. Bereits bei einem Temperaturanstieg von nur zwei Grad Celsius werden bis zu 4 Milliarden Menschen von Überschwemmungen bedroht und von Wassermangel und Hunger betroffen sein. Zu einer globalen Klimaschutzpolitik gehört daher auch, die Menschen in Entwicklungsländern vor den Folgen des Klimawandels zu schützen. Die unübersehbaren Auswirkungen des Klimawandels in den Entwicklungsländern werden - z. B. durch Migration - zu erheblichen Sicherheitsproblemen führen, auch mit Auswirkungen auf Deutschland. Entwicklungszusammenarbeit zur Vermeidung von Klimaschäden wird somit auch zur präventiven Sicherheitspolitik im gegenseitigen Interesse. Bei der bevorstehenden Weltklimakonferenz in Kopenhagen müssen Deutschland und Europa daher ein deutliches Zeichen setzen. Dazu gehören neben klaren, der Vorbildfunktion gerecht

w er d e n n e n C O 2 - Minderungszielen auch konkrete Angebote, die Entwicklungs- und Schwellenländer bei der Bewältigung der vor uns liegenden Herausforderungen zu unterstützen. Neben der Verantwortung, welche die OECD-Länder für die Belastung der Atmosphäre mit Treibhausgasen tragen, ist für die künftige weltweite Treibhausgaskonzentration die weitere Entwicklung der Emissionen in den Entwicklungs- und Schwellenländern von entscheidender Bedeutung. Deutschland und Europa müssen ihrer Verantwortung gegenüber Entwicklungsländern gerecht werden. Diese müssen dabei unterstützt werden, das Wachstum von Wirtschaft und Landwirtschaft von steigenden Emissionen zu entkoppeln und Kohlenstoffsenken wie Wälder und Moore zu erhalten. Letzteres ist auch signifikanter Beitrag zur Erhaltung der biologischen Vielfalt im Sinne der Biodiversitätskonvention.

Die deutsche Wirtschaft ist bei Klima und Energie

Technologieführer. Es ist im Interesse Deutschlands und der Entwicklungsländer, wenn die Bundesregierung in ihrer Entwicklungszusammenarbeit und ihrer Energie- und Umweltpolitik die klimabezogene Zusammenarbeit in Form von finanzieller Unterstützung, Kapazitätsentwicklung und Technologiekooperation systematisch ausweitet. Dies ist eine zukunftsorientierte Vorwärtsstrategie zur Sicherung der Position der Wirtschaft und damit für nachhaltiges Wachstum.

In Kopenhagen muss ein umfassendes und verbindliches Abkommen für den Klimaschutz erreicht werden. Deutschland muss für die Umsetzung angemessener Vorsorge treffen. Für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern benötigen wir eine klare arbeitsteilige Strategie der Bundesregierung, die mit den internationalen Partnern koordiniert werden muss.

DDR-Karrieren ehemaliger Nazis belegt

Nazis haben in der DDR offenbar durchaus Karriere gemacht. Die Staatspartei SED habe trotz des antifaschistischen Gründungsmythos der DDR ehemalige NSDAP Mitglieder aufgenommen, sagte Historiker Dietmar Remy im Gespräch mit der dpa.

Allein für die Thüringer Bezirke Gera Suhl und Erfurt konnte bei 36 SED-Kreissekretären eine NSDAP-Mitgliedschaft belegt werden. Entsprechende Forschungen der Universität Jena werden derzeit bei einem Workshop vorgestellt.

Bericht in der Frankfurter Rundschau / 16.12.2009

In dieser Woche hat die Bundeskanzlerin eine Regierungserklärung zum Europäischen Rat am 10./11. Dezember 2009 in Brüssel und zur UN-Klimakonferenz vom 07. bis 18. Dezember 2009 in Kopenhagen abgegeben.

Außerdem wurde die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation ATALANTA (Pirateriebekämpfung vor der Küste Somalias) beschlossen. Das Mandat wird im We-

sentlichen unverändert fortgeschrieben und soll bis zum 18. Dezember 2010 verlängert werden.

Ebenfalls stand die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation ALTHEA zur weiteren Stabilisierung des Friedensprozesses in Bosnien und Herzegowina zur Beschlussfassung an.

Auf Antrag aller Bundestagsfraktionen wurde in dieser Woche die Einsetzung des Parlamentari-

schen Kontrollgremiums gemäß Art. 45d des Grundgesetzes beschlossen und deren Mitglieder gewählt.

Darüber hinaus standen zahlreiche weitere Wahlen zu Gremien an.

Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP Menschenrechte weltweit schützen wurde vor dem Hintergrund des Internationalen Tages der Menschenrechte am 10. Dezember die weltweit noch immer defizitäre Situation der Achtung grundlegender Men-

schenrechte dargelegt. Dem umfangreichen internationalen Menschenrechtssystem stehen noch heute weltweit erhebliche Implementierungsdefizite gegenüber. Deutschland ist traditionell ein starker Partner bei der Ausgestaltung und Stärkung von effektiven Instrumentarien zum Schutz der Menschenrechte. Dieser Herausforderung muss sich Deutschland weiterhin stellen und treibende Kraft beim Schutz der Menschenrechte weltweit bleiben.

Zahlen, Fakten, Wissenswertes

Zahl der Hochschulabsolventen steigt: Die Zahl der Absolventen von Hoch- und Fachhochschulen in Deutschland ist weiter gestiegen. 2008 erwarben 309.400 Personen ihren (Fach-) Hochschulabschluss, das entspricht einer Zunahme von 31 Prozent gegenüber 1996. Gegenüber 2002 stieg die Zahl der Absolventen sogar um 48 Prozent.

Die Zahl der Absolventen von MINT-Fächern (Mathematik, Ingenieurwissenschaften) erreichte sogar einen historischen Höchststand. Insgesamt 102.400 Personen schlossen im vergangenen Jahr ein Studium dieser Fachrichtung erfolgreich ab. Zum zweiten Mal in Folge wurde damit der bisherige Rekord des Jahres 1996 (88.800 Absolventen) deutlich übertroffen.

Zurückzuführen ist die ho-

he Zahl der Hochschulabsolventen auf die seit Jahren kontinuierlich steigende Zahl der Studienanfänger (inzwischen 43 Prozent eines Jahrgangs) und auf eine kürzere Studiendauer. Im Vergleich zu 2000 ist diese um durchschnittlich mehr als ein Semester gesunken. Hauptsächlich ist dies der Bologna-Reform zuzuschreiben.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Zahl der Abtreibungen gesunken: Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche ist im vergangenen Quartal im Vergleich zum dritten Quartal des Vorjahres um knapp 1.200 auf 26.700 gesunken. Das entspricht einem Rückgang um 4,3 Prozent. Besonders deutlich fiel die Zahl der Abtreibungen mit minus 25 Prozent bei den unter 18-Jährigen. 97 Prozent der gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche wurden

nach der Beratungsregelung vorgenommen.

Medizinische und kriminologische Indikationen waren in rund 3 Prozent der Fälle die Begründung für den Abbruch.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Deutsche Wirtschaft auf gutem Weg: Nach dem von der internationalen Wirtschaftskrise verursachten Rückschlag ist die deutsche Wirtschaft auf dem Weg der Erholung. Das reale Bruttoinlandsprodukt lag im dritten Quartal dieses Jahres um 4,7 Prozent unter dem Vorjahreswert. Gegenüber dem vorangegangenen Quartal bedeutet dies jedoch eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Leistung von 0,7 Prozent. Damit stieg das BIP bereits zum zweiten Mal in Folge in dieser Größenordnung.

Am deutlichsten lässt sich diese Trendwende bei der Industrie beobachten. Hier

legte die preis- und saisonbereinigte Bruttowertschöpfung um 3,3 Prozent gegenüber dem Vorquartal zu. Allerdings war in diesem Bereich auch der Einbruch am stärksten gewesen. Im Vorjahresvergleich beträgt der Rückstand immer noch 17,5 Prozent.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

CDU KV Zwickau

Kreisgeschäftsstelle
Hauptstraße 28/30
08056 Zwickau

Telefon: 0375-282710
Fax: 0375-294567
E-Mail: info@cdu-zwickau.de

Ist es wahr?

(Weihnachtsgedicht, Autor: Heinrich Meier, 2009)

Ist es auch tatsächlich wahr,
was da geschah, vor ungefähr zweitausend Jahr?

In Bethlehem wurde ein Kind geboren,
ein Kind zum König und Retter auserkoren.

Von Gott den Menschen gegeben,
zum Zeichen und als Geschenk zum Leben.

Doch was hat das für mich zu bedeuten?
Ist Weihnachten Stress und Pflicht, wie bei den meisten Leuten?

Oder lass ich mich von diesem Christus berühren,
so dass ich Geborgenheit und Liebe kann spüren.

Schon der Wunsch diesen Zugang zu finden,
bringt mich ein Stück näher, das Wunder von Weihnachten zu ergründen.

Termine Dezember 2009 / Januar 2010

23.12.09	bis 02.01.09 Weihnachtsferien in Sachsen	29.01. 2010	18.00 Uhr Empfang anlässlich des 80. Geburtstages von MP a.D. Prof. Biedenkopf, ICC Dresden
17.01. 2010	Bürgermeisterwahl in der Gemeinde Lichtentanne	01.03. 2010	17.00 Uhr Denkfabrik -Offenes Forum für Zukunftsfragen, Flughafen Dresden

Impressum

POLITIK AKTUELL ist ein Informationsbrief von Dr. Michael Luther (V.i.S.d.P.).

Er ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Zwickau.

Haben Sie Fragen und Anregungen? Zögern Sie nicht, mit Dr. Luther in Kontakt zu treten! Er freut sich auf Ihre E-Mail unter michael.luther@bundestag.de.

Dr. Michael Luther erreichen Sie...

... im Wahlkreis: Hauptstraße 28
08056 Zwickau
Tel.: (0375) 29 17 79
Fax: (0375) 29 45 67
E-Mail: michael.luther@wk.bundestag.de

... in Berlin: Paul-Löbe-Haus, Raum 6.345
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 – 7 70 92
Fax: (030) 227 – 7 61 16
E-Mail: michael.luther@bundestag.de

CDU im Netz

www.michael-luther.de

www.cdu-zwickau.de